

Der Dauerärger mit der Post

Leser und Leserinnen beklagen: Sendungen werden unregelmäßig zugestellt und manche kommen auch gar nicht an.
Was Politiker zu der aktuellen Misere zu sagen haben.

Von Johann Stoll

Unterallgäu Kaum ein Thema hat in jüngster Zeit mehr Reaktionen bei unseren Leserinnen und Lesern hervorgerufen als die Schwierigkeiten der Post bei der täglichen Zustellung. Das Problem scheint in vielen Orten zu bestehen und nicht auf ein bestimmtes Gebiet beschränkt.

Betroffene machen ihrem Ärger Luft. Eine Frau schildert, dass sie auf wichtige Dokumente ihrer Versicherung vergeblich wartet. Seit Januar sei der Brief verschollen, und niemand könne ihr weiterhelfen. Im August hätte sie einen vertraulichen Brief zur Rente erhalten sollen. Auch der sei nie angekommen. Nicht anders sei es ihr mit einer neuen EC-Karte ergangen, die ihr ihre Bank zugeschickt hat. Auch sie landete im Bermudadreieck der Post. Eine Rechnung eines Handwerkers habe sie ebenfalls nicht erreicht. Die Leserin macht sich auch Gedanken über den Datenschutz, wenn sensible Briefe einfach verschwinden.

Die Antwort der Post, sensible Briefe per Einschreiben zu versenden, überzeugt sie nicht. Es müsse sichergestellt sein, dass die Post

zuverlässig funktioniert. Von einem Arzt ist zu hören, dass er tagelang auf wichtige Krankendokumente von einem Patienten wartet. Andere ärgern sich darüber, dass sie tagelang keine der abonnierten Zeitungen bekommen. Dann aber wieder verstopfen gleich drei auf einmal den Briefkasten.

Den Zustellerinnen und Zustellern macht niemand Vorwürfe. Sie würden tun, was geht. Diese hätten alle Hände voll zu tun, weil es einfach zu wenig Personal gibt. Der Ärger gilt dem Konzern, dem es offenbar nicht gelingt, genügend Mitarbeiter zu finden. Die Post verweist auf ihre Stellengesuche und betont, sie würde gerne zusätzliche Leute einstellen.

Mehr als acht Milliarden Euro Gewinn hat das börsennotierte Unternehmen gemacht. Einem Leser fällt auf, dass DHL regelmäßig zustellt. Er schließt daraus, dass Lieferanten offenbar Druck machen, dass die Post ihrer Aufgabe konsequenter nachkommt. Die Bürgerinnen und Bürger akzeptierten den Rückzug der Post mit Murren.

Landrat Alex Eder (Freie Wähler) sagt, die Zustellung der Post gehöre zur Grundversorgung, die für die Verbraucherinnen und

Verbraucher flächendeckend sichergestellt sein müsse. „Dazu gehört es meines Erachtens auch, dass die Post zeitnah zugestellt wird.“ Er gehe davon aus, dass die zuständige Behörde, die Bundesnetzagentur, ihrem Versorgungsauftrag nachkomme und die Probleme bald behoben sein werden. Es komme nicht nur im Unterallgäu, sondern auch in anderen Teilen Deutschlands zu Verzögerungen.

Eder selbst will sich nicht an die Post-Verantwortlichen in Bonn wenden. Auch der Kreistag wird sich nicht mit dem Thema befassen. Dieser habe hier keine „Befassungskompetenz“, so Eder.

Der Kaufbeurer Bundestagsabgeordnete Stephan Stracke (CSU) sagt auf Anfrage, die zunehmende Ausdünnung der Filialinfrastruktur der Deutschen Post, die mit eigenem Personal betrieben wird, „ist nicht gut“. Die postalische Grundversorgung sei ein hohes Gut und dürfe nicht schlechter werden.

Die Deutsche Post ist seit Jahren dazu übergegangen, Postfilialen durch Partner zumeist aus dem Einzelhandel zu betreiben. Dies ist laut Stracke gesetzlich zulässig und könne durchaus Vorteile für

die Kundinnen und Kunden haben bezüglich der Öffnungszeiten. Allerdings variiert der Umfang des Angebots und es müsse auch das Serviceangebot vor Ort stimmen.

Stracke erläutert auch die rechtliche Seite. Die Frage der Postinfrastruktur wird durch die sogenannte „Post-Universaldienstleistungsverordnung“ geregelt. Mit ihr wird unter anderem festgelegt, wie verdichtet die Infrastruktur zu sein hat. Nur bis zu einem gewissen Grad sei das Filialnetz eine unternehmerische Entscheidung: Sie muss stets im Einklang mit der genannten Verordnung stehen. Denn insbesondere der Briefmarkt gehört mit zur Daseinsvorsorge und hat demzufolge Mindeststandards zu entsprechen.

Das Postgesetz soll in absehbarer Zeit durch die Berliner Regierungskoalition überarbeitet werden. „Im Rahmen dieser Novellierungen werden wir als CSU sehr großen Wert darauf legen, dass es nicht zu Serviceverlusten für die Menschen vor Ort kommt. Wir wollen eine qualitativ hochwertige, flächendeckende und erschwingliche Grundversorgung mit Postdienstleistungen“, betont Stracke.

Die Deutsche Post ist verpflichtet, die gesetzlich geforderte

Grundversorgung sicherzustellen. Die Union habe dafür gesorgt, dass es ein Beschwerdemanagement bei der Bundesnetzagentur in Form einer Schlichtungsstelle rund um die Postdienstleistungen gibt. Diese Anlaufstelle ist online im Verbraucherportal der Bundesnetzagentur unter www.bundesnetzagentur.de erreichbar.

Die Bundesnetzagentur gehe dabei jedem Einzelfall nach, sagt Stracke. Er werbe dafür, dass Kundinnen und Kunden von dieser Möglichkeit auch regen Gebrauch machen, wenn sie Mängel bei der Dienstleistung feststellen.

Der Personalmangel bei der Post schmerzt im Alltag. Die Deutsche Post beruft sich auf einen hohen Krankenstand infolge von Coronainfektionen. „Dies ist nicht von der Hand zu weisen“, sagt Stephan Stracke. Gleichzeitig müssen gerade Berufe im Dienstleistungsbereich wieder deutlich attraktiver werden. Das sei eine Daueraufgabe und betreffe auch andere Bereiche wie die Gastronomie oder den Einzelhandel, so Stracke.

Die Stadt Mindelheim übrigens hat nicht auf die angekündigte Schließung der Postbank und der Post-Filiale in Mindelheim reagiert.